
Antrag

der Fraktion Die Linke

Berlin braucht soziale Sicherheit und kein Olympia!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2036/2040 zurückzunehmen und das Bewerbungsverfahren unverzüglich zu stoppen.

Darüber hinaus sind in der Haushaltsdurchführung die für die Bewerbung für die Olympischen Spiele eingeplanten finanziellen Mittel aus dem Doppelhaushalt 2024/2025 der Sicherung der Angebote des Breitensports in Berlin zuzuführen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2024 zu berichten.

Begründung

Während sich der Berliner Senat aus CDU und SPD an den Berliner*innen vorbei für eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2036/2040 ausgesprochen und bereits jetzt finanzielle Mittel in Höhe von einer Million Euro im Doppelhaushalt 2024/2025 eingestellt hat, ergibt eine aktuelle repräsentative Umfrage ein eindeutiges Bild in der Stadt. Die durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut *civey* durchgeführte Befragung, die durch die Berliner Morgenpost in Auftrag gegeben wurde, ergab, dass sich 62 Prozent der Berliner*innen gegen die Hauptstadt als Austragungsort für Olympische Spiele entscheiden würden.

In Anbetracht des Haushaltschaos sollte der Senat spätestens jetzt zur Vernunft kommen und derartige Größenwahnsinnsprojekte wie die Bewerbung für die Olympischen Spiele endgültig beerdigen, nicht zuletzt, weil hier nach Schätzungen der Finanzverwaltung aus dem vergangenen Jahr Gesamtkosten in Höhe von ca. 16 Milliarden Euro auf das Land und die

Menschen Berlins zukommen würden. Allein nur der offizielle Bewerbungsprozess für die Olympischen Spiele, der auch scheitern kann, wird ca. 10 Mio. Euro kosten. Berlin kann es sich nicht leisten, viele Millionen Euro in ein Großevent zu investieren, während die Gelder für den Breitensport und soziale Projekte von der Streichung bedroht sind.

Die Auswirkungen einer Entscheidung für Olympische Spiele würden die Berliner*innen noch über Jahrzehnte zu spüren bekommen. Die Geschichte der Spiele zeigt, dass sie für fast alle Gastgeberstädte vor allem ein großes Verlustgeschäft waren, bei dem am Ende durch Knebelverträgen nur das IOC profitierte und die Last von den Steuerzahler*innen getragen wird. Unsere Stadt hat wirkliche Probleme, die der Senat endlich anpacken muss, das Geld für Bewerbung, Planung und Austragung der Spiele wird an anderen Stellen viel dringender benötigt.

Insbesondere eine Bewerbung Berlins als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2036 ist klar abzulehnen. 100 Jahre nach den Nazi-Spielen Olympia 2036 wieder nach Berlin zu holen, ist geschichtsvergessen. Es öffnet Tür und Tor für geschichtsrevisionistische Tendenzen und eine Überschreibung unserer Erinnerungskultur.

Mit einem Votum von 62 Prozent gegen Berlin als Austragungsort für Olympische Spiele ist die Meinung der Berliner*innen eindeutig. Das Bewerbungsverfahren muss sofort gestoppt werden.

Berlin, den 25.11.2024

Helm Schulze Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke